

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Karlheinz Busen, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Matthias Nölke, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP**

## **Bildungsrepublik 2.0 – Für eine nachhaltige Gestaltung der gesamten Bildungskette**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 12. Juni 2008 rief Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Bildungsrepublik aus. „Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden“, sagte sie, und: „Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle“ ([www.faz.net/aktuell/politik/inland/nationaler-bildungsbericht-merkel-ruft-bildungsrepublik-aus-1545858.html?service=printPreview](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nationaler-bildungsbericht-merkel-ruft-bildungsrepublik-aus-1545858.html?service=printPreview)).

Bund und Länder haben dann gemeinsam am 22. Oktober 2008 auf dem Qualifizierungsgipfel in Dresden unter dem Titel: „Aufstieg durch Bildung – Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen ([www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2008-10-22-Qualifizierungsinitiative.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2008-10-22-Qualifizierungsinitiative.pdf)). Darin heißt es: „Für persönliche Lebenschancen und Chancengerechtigkeit in einer Wissensgesellschaft ist Bildung der Schlüssel.“

Über allgemeine Leitsätze hinaus wurden konkrete Ziele formuliert. Dazu gehörten:

- Steigerung des Anteils der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015,

- die schrittweise Einführung eines bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Betreuungangebotes für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bis 2013,
- dazu die Qualifizierung der benötigten 80.000 Erzieherinnen und Erzieher,
- gezielte Förderung der deutschen Sprache im Vorschulalter als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn,
- Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von 8 Prozent auf 4 Prozent bis 2015,
- Halbierung der Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 Prozent auf 8,5 Prozent,
- Maßnahmen zur Grundbildung durch Angebote der Alphabetisierung,
- Steigerung der Studienanfängerquote auf 40 Prozent eines Jahrgangs,
- Anreize für Studienanfänger in den MINT-Fächern,
- die gezielte Gewinnung von Frauen für die MINT-Berufe,
- die Steigerung der Beteiligung an der Weiterbildung auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung, wobei insbesondere die Gruppe der Geringqualifizierten stärker aktiviert werden sollte.

Im Jahr 12 nach Ausrufung der Bildungsrepublik kann trotz einzelner Erfolge nicht davon gesprochen werden, dass die Ziele des Bildungsgipfels von 2008 tatsächlich erreicht sind.

Darüber hinaus haben sich im Laufe der Zeit weitere Anforderungen ergeben. So traten Anfang 2016 die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung als politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen in Kraft, die bis 2030 erreicht werden sollen. Aus guten Gründen ist bereits das vierte von insgesamt 17 Zielen (nach Bekämpfung der Armut, Sicherstellung von Ernährung und Sicherstellung von Gesundheit) die Bildung: „Bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen sicherstellen.“ Bildung ist dabei auf vielen dieser Felder ein wichtiger Möglichmacher, beispielsweise in Form von Gesundheitsbildung, Schlüssel zur Gestaltung individueller Lebensentwürfe u. a.

Pars pro Toto gehört zu den Unterzielen beispielsweise die Alphabetisierung: „4.6: Bis 2030 den Erwerb ausreichender Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten für alle Jugendlichen und einen erheblichen Anteil der Erwachsenen sicherstellen“ ([www.unesco.de/sites/default/files/2018-01/Unpacking\\_SDG4\\_web\\_2017.pdf](http://www.unesco.de/sites/default/files/2018-01/Unpacking_SDG4_web_2017.pdf)). In der aktuellen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die die Nachhaltigkeitsziele auf nationaler Ebene angeht, kommt das Stichwort „Alphabetisierung“ hingegen gar nicht erst vor ([www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf?download=1](http://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf?download=1)).

Im Jahr 2018 zählte die LEO-Studie 6,2 Millionen gering literalisierte Erwachsene in Deutschland, d. h. 12,1 Prozent der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren haben Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben (<https://leo.blogs.uni-hamburg.de/>). Auch wenn die Zahl langsam zurückgeht, ist dies immer noch viel zu langsam, zumal die „Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung“ der Bundesregierung bereits seit 2016 läuft und auch der Qualifizierungsgipfel 2008 schon dafür stand, dass Maßnahmen zur Grundbildung durch Angebote der Alphabetisierung verstärkt werden sollten.

Bei der jüngsten PISA-Studie stand Deutschland nur etwas besser da, als bei der ersten Erhebung 2000, nach der zunächst ein Ruck durch die Bildungslandschaft ging. Seit 2015 zeigen die Kurven jedoch wieder deutlich nach unten. 21 Prozent der Schülerinnen und Schüler liegen im Kompetenzbereich „Lesen“ auf Stufe 1 oder darunter (von insgesamt sechs Stufen). Das heißt, sie können Texte kaum oder nur mit großen

Schwierigkeiten erfassen ([www.oecd.org/pisa/publications/PISA2018\\_CN\\_DEU\\_German.pdf](http://www.oecd.org/pisa/publications/PISA2018_CN_DEU_German.pdf), [www.oecd-berlin.de/download/PISA2018Vol1\\_DEU\\_jgiBRqYlma.pdf](http://www.oecd-berlin.de/download/PISA2018Vol1_DEU_jgiBRqYlma.pdf)).

Wenn heute Bilanz gezogen wird, dann ist dazu folgendes festzustellen: Die PISA-Studie 2019, basierend auf Zahlen aus 2018, ergab zwar, dass die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften jeweils über dem OECD-Durchschnitt lagen – allerdings nicht viel ([www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA2018\\_CN\\_DEU\\_German.pdf](http://www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA2018_CN_DEU_German.pdf)). Nachdem sich die Ergebnisse in den Naturwissenschaften und der Mathematik ausgehend vom Jahr 2000 bis einschließlich 2012 kontinuierlich verbesserten, fielen beide Werte von 2018 auf das Niveau von 2003 zurück. Auch bei der Lesekompetenz gab es einen Rückschritt – auf das Jahr 2009, nachdem es bis 2015 stetig bergauf gegangen war. Hierzu stellt die OECD fest: „Der Leistungsunterschied im Bereich Lesekompetenz zwischen Schülerinnen und Schülern mit günstigem sozioökonomischem Hintergrund und solchen mit ungünstigem Hintergrund ist in Deutschland beträchtlich und hat sich seit 2009 um 9 Prozentpunkte ausgeweitet.“ (ebda.).

Eine bedenkliche Entwicklung ist auch bei den Spitzenleistungen zu beobachten: In allen drei Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sind die Anteile der Schülerinnen und Schüler auf den höchsten beiden Kompetenzstufen V und VI zurückgegangen ([www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtsbaende\\_und\\_Zusammenfassungen/Zusammenfassung\\_PISA2018.pdf](http://www.pisa.tum.de/fileadmin/w00bgi/www/Berichtsbaende_und_Zusammenfassungen/Zusammenfassung_PISA2018.pdf)). Für das rohstoffarme Land Deutschland, welches auf Spitzenleistungen als Voraussetzung für Innovation angewiesen ist, ist das ein Alarmsignal.

Zudem ergab eine Sonderauswertung zum Thema Kreativität der PISA-Studie 2015, dass die tatsächlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Deutschland beim Problemlösen schlechter waren, als nach den Leistungen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zu erwarten gewesen wäre ([www.oecd.org/berlin/pisa-im-fokus-problemloesen.pdf](http://www.oecd.org/berlin/pisa-im-fokus-problemloesen.pdf)). Dabei sind Flexibilität, Lernbereitschaft, der Mut, Neues auszuprobieren und die ständige Bereitschaft zur eigenen Weiterentwicklung unerlässliche Voraussetzungen für Erfolg in modernen Gesellschaften und einer unvorhersehbaren Welt. Insbesondere im Vergleich mit Singapur, Süd-Korea und Japan lagen deutsche Schülerinnen und Schüler hier deutlich zurück.

Die Bildungsbeteiligung der unter dreijährigen Kinder ist mittlerweile auf durchschnittlich 34 Prozent angestiegen. Damit sind die für 2013 angestrebten durchschnittlich 35 Prozent in diesem Bereich inzwischen fast erreicht. Gleichzeitig sind jedoch die Bedarfe der Eltern hinsichtlich der Betreuungsplätze für ihre unter dreijährigen Kinder weiter gewachsen, so dass der Abstand zwischen Angebot und Nachfrage mit 15 Prozentpunkten und damit fast 360.000 fehlenden Plätzen einen neuen Höchststand erreicht hat (Stand: 2019, [www.bildungsbericht.de/static\\_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf](http://www.bildungsbericht.de/static_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf), S. 89). Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt für 2019 einen aktuellen Betreuungsbedarf für unter Dreijährige von knapp 50 Prozent fest ([www.bmfsfj.de/blob/156672/aba616b5c3fc1cb9bd52e41aec73d246/kindertagesbetreuung-kompakt-ausbaustand-und-bedarf-2019-ausgabe05a-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/156672/aba616b5c3fc1cb9bd52e41aec73d246/kindertagesbetreuung-kompakt-ausbaustand-und-bedarf-2019-ausgabe05a-data.pdf)). Der anhaltende Mangel erschwert es besonders Eltern mit migrantischem Hintergrund, einen Platz für ihr Kind zu bekommen (Bildungsbericht, S. 87). So erhalten überproportional viele der Kinder, die frühkindliche Bildung beispielsweise im Bereich der deutschen Sprache besonders nötig hätten, diese Förderung gerade nicht.

Die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise haben überdeutlich gezeigt, dass Deutschland im Bereich der Digitalisierung im Bildungsbereich viel zu weit zurückliegt. Neben dem „Social Divide“, d. h. Problemen durch soziale Spaltung und Ausgrenzung, steht der „Digital Divide“ d. h. die sozialen Unterschiede in der Nutzung digitaler Medien, wobei sich beides wechselseitig verstärkt. Daran ändert auch der Digitalpakt aus dem Jahr 2018 nichts, da die versprochenen 5 Milliarden Euro Bundesmittel auch aufgrund diverser bürokratischer Hürden bislang nur spärlich bei den Schulen ankommen. Dabei ist es drängender denn je erforderlich, dass ab sofort deutschlandweit flächendeckend Möglichkeiten zu hybriden Unterrichtsmodellen, d.h. eine Mischung aus digitalem und Präsenzunterricht, vorhanden sind.

Zudem verringert die Corona-Pandemie die Zahl der Berufsausbildungsplätze signifikant. Die DIHK spricht in ihrer aktuellen Ausbildungsumfrage 2020 von einem Minus beim Angebot an Ausbildungsplätzen von gut 7 Prozent. Zudem sind die Bewerbungsprozesse in den Unternehmen ins Stocken geraten, wodurch sich vielerorts die Einstellungen verzögern ([www.dihk.de/resource/blob/25548/d0f3e881428bce24f5e597eb36bf85f3/dihk-ausbildungsumfrage-2020-data.pdf](http://www.dihk.de/resource/blob/25548/d0f3e881428bce24f5e597eb36bf85f3/dihk-ausbildungsumfrage-2020-data.pdf)). Dabei legt berufliche Bildung den Grundstein für individuell erfolgreiche Erwerbsbiographien und ist unerlässlich zur Bewältigung des Fachkräftemangels hierzulande.

Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Deutschland für Bildung und Forschung in Prozent des BIP lag 2008 bei 8,6 Prozent 2017 lag er bei 9 Prozent des BIP. Die von Bund und Ländern bereits für 2015 angestrebten 10 Prozent des BIP wurden also ebenfalls verfehlt ([www.bmbf.de/upload\\_filestore/pub/bildung\\_und\\_forschung\\_in\\_zahlen\\_2012.pdf](http://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/bildung_und_forschung_in_zahlen_2012.pdf), [www.bmbf.de/upload\\_filestore/pub/Bildung\\_und\\_Forschung\\_in\\_Zahlen\\_2019.pdf](http://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Bildung_und_Forschung_in_Zahlen_2019.pdf)).

Bund und Länder haben im Bildungsbereich zwar unterschiedliche Zuständigkeiten, aber sie haben eine gemeinsame politische Verantwortung für das Funktionieren des gesamten Bildungssystems. Hier braucht es Chancengerechtigkeit für Talententwicklung unabhängig von den sozialen Voraussetzungen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Digitalpakt 2.0 für die allgemein bildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen zu beschließen, der die neuen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich nutzt. Dazu gehört auch, den bestehenden Digitalpakt stark zu entbürokratisieren, um die Inanspruchnahme der vorhandenen Gelder massiv zu beschleunigen und den Pakt zur Wirkung zu bringen;
2. die MINT-Bildung zu stärken, indem insbesondere der außerschulische Bereich massiv gestärkt wird. Hierzu gehört, dass möglichst alle Schulen mit Maker-Spaces zusammenarbeiten oder solche einrichten. Außerdem müssen Pilotprojekte mit dem Ziel gefördert werden, dass die Maßnahmen zur MINT-Begeisterung anhalten, d. h. in signifikanter Zahl in einer Berufswahl münden, aber auch generell die MINT-Kompetenz und die Experimentierfreude erhöht wird;
3. eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung zu beschließen, um die Aus- und Weiterbildung in Deutschland den Erfordernissen in der neuen Arbeitswelt wie technologischem Fortschritt und Globalisierung anzupassen;
4. die duale Berufsausbildung zur Stärkung lebenslanger Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen dahingehend zu reformieren, dass in einer ersten Phase einer drei- bzw. dreieinhalbjährigen Berufsausbildung grundlegende Kompetenzen eines gesamten Berufsfeldes verwandter Ausbildungsberufe, digitale und weitere Technologiekompetenzen der Zukunft sowie personale, soziale und arbeitsmethodische Kompetenzen erworben werden. Die Spezialisierung erfolgt in der anschließenden späteren Phase der Berufsausbildung;

5. bei der Alphabetisierung Maßnahmen zu ergreifen, die die Menschen, die hier Unterstützung brauchen, tatsächlich erreichen, um die Zahl der gering Literalisierten deutlich zu senken;
6. gegenüber den Ländern auf die Entwicklung von Schulfreiheitsgesetzen hinzuwirken, damit Schulen ihre Profile deutlich stärker als bisher selbst gestalten und damit bestmöglich auf die Bedarfe ihrer Schülerschaft sowie den regionalen Gegebenheiten eingehen können;
7. gegenüber den Ländern darauf hinzuwirken, dass private Schulträger in allen Ländern vergleichbare finanzielle Voraussetzungen erhalten und gefördert werden, da private Schulen unsere Bildungslandschaft entscheidend bereichern und zum Wettbewerb um Qualitätsverbesserung beitragen;
8. ein elternunabhängiges BAföG einzuführen und die Strukturen so anzupassen, dass es für diejenigen Studierenden, die finanzielle Unterstützung benötigen, wieder deutlich attraktiver wird und die Chance auf ein Studium nicht an die finanzielle Situation und das Wohlwollen der Eltern gebunden ist;
9. alles zu tun, damit die Mittel für das Europäische Bildungsprogramm Erasmus+ nach Möglichkeit aufgestockt, aber jedenfalls nicht abgesenkt werden;
10. lebenslange Weiterbildung vor allem für Geringqualifizierte attraktiver zu gestalten und Angebote beispielsweise eines „Midlife-BAföG“, Bildungskonten oder einer Online-Plattform für Weiterbildungsangebote einfach und effektiv handhabbar einzuführen;
11. dafür zu sorgen, dass die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere das 4. Ziel zur chancengerechten Bildung für alle, bis 2030 erreicht sind.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern

1. alle Daten zu gemeinsamen Zielerreichungen und Zielverfehlungen zu erheben und zu bündeln und in einem transparenten Verfahren neue anspruchsvolle Ziele zu vereinbaren sowie entsprechend nachhaltige Maßnahmen zu planen, die wirklich in das Zukunftsbild einer Bildungsrepublik 2.0 münden;
2. die digitale Lehr- und Lernmittelfreiheit zu beschließen. Das bedeutet, dass jede Schülerin und jeder Schüler unabhängig vom sozialen Status Anspruch auf ein digitales Endgerät plus E-Mail-Adresse hat. Gleiches gilt für Lehrerinnen und Lehrer;
3. die Voraussetzung für eine hybride Schule zu schaffen, in der analoger wie digitaler Unterricht nach Bedarf jederzeit möglich ist. Dazu gehört die Schaffung von Positiv-Listen für datenschutzfeste und qualitativ hochwertige Anbieter von Online-Angeboten. Dazu gehört auch, dass Start-ups in die Weiterentwicklung digitaler Unterrichts-, Lehr- und Lernangebote mit eingebunden werden müssen;
4. die Unterrichtspflicht für den Staat gesetzlich zu verankern, um den Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf Unterricht in Präsenz wie auf Distanz festzuschreiben. Der Staat ist verpflichtet, seinem Bildungsauftrag auch in Krisenzeiten nachzukommen;
5. zur Förderung von Spitzenbegabungen beispielsweise in MINT, Sport oder künstlerischen Fähigkeiten den Aufbau von Leistungszentren und -internaten intensiv zu fördern;

6. den Dschungel an Maßnahmen im Übergangssystem dahingehend zu bereinigen, dass am Ende in Weiterentwicklung des bereits bestehenden und erfolgreich evaluierten Programms „Einstiegsqualifizierung“ nur noch ein Programm, ein Zertifikat, eine Finanzierung und eine Bildungsmarke existiert. Dieses eine Programm ist individuell hochflexibel, besitzt kompetenzbasiert Ein- und Ausstieg und ist regional anpassungsfähig;
7. die zukunftsgerichtete duale Qualifizierung An- und Ungelernter im Arbeitsmarkt besser zu fördern, indem Teilqualifikationen angeboten werden mit dem Ziel, diese Teilqualifikationen in einen berufsqualifizierenden Abschluss einmünden zu lassen;
8. die Situation im Übergangssystem regelmäßig zu evaluieren und die Ergebnisse in den Berufsbildungsbericht zu integrieren;
9. das Angebot an Betreuungsplätzen insbesondere für Kinder unter drei Jahren dem tatsächlichen Bedarf von derzeit etwa 50 Prozent anzupassen;
10. dafür zu sorgen, dass die erforderliche Zahl an Erzieherinnen und Erziehern ausgebildet werden, um die große Bedarfslücke an Plätzen zu schließen und gleichzeitig Qualitätsstandards wie z. B. den Betreuungsschlüssel einhalten zu können;
11. dafür zu sorgen, dass Fördermaßnahmen für die deutsche Sprache schon im vorschulischen Bereich für all diejenigen Kinder verbindlich angeboten werden, deren Sprachkompetenzen bis zur Einschulung absehbar noch nicht das erforderliche Niveau erreicht haben. Entsprechende begleitende Kurse müssen in der Grundschule fortlaufend fortgesetzt werden;
12. die Attraktivität des Lehrerberufes zu steigern durch Fortbildungen und Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung, durch Aufstiegsmöglichkeiten und durch Belohnung von Engagement;
13. die Fortbildungspflicht für Lehrerinnen und Lehrer insbesondere im digitalen Bereich tatsächlich umzusetzen und dafür schulfreie Zeiten zu nutzen;
14. mithilfe der Kultusministerkonferenz dafür zu sorgen, dass die durch die PISA-Studien messbaren Leistungen der Schülerinnen und Schüler nicht nur im Lesen, der Mathematik und den Naturwissenschaften steigen, sondern auch im Bereich der Problemlösungsfähigkeiten und der Kreativität.

Berlin, den 15. September 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

## Begründung

Zehn Jahre nach dem Bildungsgipfel von 2008 legte der Bildungsforscher Klaus Klemm gemeinsam mit Matthias Anbuhl im Auftrag des DGB 2018 eine Bestandsaufnahme vor: „Der Dresdner Bildungsgipfel: von unten betrachtet“ ([www.dgb.de/themen/++co++a8cd27cc-d39b-11e8-b105-52540088cada](http://www.dgb.de/themen/++co++a8cd27cc-d39b-11e8-b105-52540088cada)). Darin stellt er fest: „Wer aufsteigt, schafft das Tal nicht ab. (...) Die Gruppe derer, die beim Aufstieg zurückgelassen werden ist groß.“

Zu der Gruppe der „Vergessenen“ zählte er insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund, die nicht im gleichen Maße von frühkindlicher Bildung profitieren wie ihre Altersgenossen – wobei genau sie es besonders nötig hätten. Der Übergang aus der Grundschule ins Gymnasium wird in hohem Maße durch die soziale Herkunft bestimmt.

Ende 2019 legten Klemm/Anbuhl noch einmal nach: „Baustelle Bildungsrepublik: Wo bleibt der Aufbruch? Eine gemischte Bilanz des Stillstands, der Rückschritte und der bröckelnden Fortschritte“ ([www.dgb.de/downloadcenter/++co++137da130-1d85-11ea-93f3-52540088cada](http://www.dgb.de/downloadcenter/++co++137da130-1d85-11ea-93f3-52540088cada)). Sie konstatierten, dass insbesondere dort, wo es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, Fortschritte gemacht wurden, beim Ausbau der Kita-Plätze ebenso wie beim Ausbau des schulischen Ganztagsangebotes. Dort jedoch, wo es um die die Erhöhung von Chancengleichheit geht, um Verbesserung der Erträge schulischen Lernens, beim Übergang von der Schule in Ausbildung, beim Erreichen von Bildungsabschlüssen „finden sich Stillstand und zum Teil wieder Rückschritte.“

Die Ergebnisse der IGLU-Studie 2016, die Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich misst, zeigen den gleichen Trend. Lab Deutschland bei der vorherigen Studie 2011 im internationalen Vergleich noch auf Platz fünf, war es 2016 Platz 21. Dabei nahm die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler signifikant zu, das heißt, es gab sowohl geringere Leistungen der schwächeren Schülerinnen und Schüler als auch bessere der stärksten. Die Autorinnen und Autoren der Studie formulierten daraus den Auftrag, den Leseunterricht in der Grundschule so zu gestalten, dass er allen Lernvoraussetzungen gerecht wird ([www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2017/IGLU\\_2016\\_Berichtsband.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2017/IGLU_2016_Berichtsband.pdf)). Ganz offensichtlich gelingt das nicht.

Ebenfalls untersuchte die IGLU-Studie 2016 den Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe. Dabei bezeichnen sie den konstanten Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler und den Laufbahnpräferenzen als bedenklich. Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern haben eine deutlich höhere Chance auf diene Gymnasialpräferenz als Kinder aus bildungsfernen Familien.

Die „International Computer and Information Literacy Study“ ICILS, die den kompetenten Umgang von Achtklässlern mit dem Computer untersucht, kommt für 2018 zu einem vergleichbaren Ergebnis ([https://kw.uni-paderborn.de/fileadmin/fakultaet/Institute/erziehungswissenschaft/Schulpaedagogik/ICILS\\_2018\\_Deutschland\\_Berichtsband.pdf](https://kw.uni-paderborn.de/fileadmin/fakultaet/Institute/erziehungswissenschaft/Schulpaedagogik/ICILS_2018_Deutschland_Berichtsband.pdf)). Die Ergebnisse haben sich seit der ersten Studie 2013 nicht signifikant weiterentwickelt. Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in Deutschland verfügt demnach lediglich über rudimentäre und basale computer- und informationsbezogene Kompetenzen. Dabei hinkt Deutschland in der Ausstattung der Schulen mit digitalen Geräten signifikant hinterher. Auch hier wird ein deutlicher Zusammenhang von Kompetenzstand und sozialer Herkunft zuungunsten von Jugendlichen aus sozioökonomisch weniger privilegierten Elternhäusern hingewiesen.

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ stellt zudem fest, dass sich 2018 der seit 2006 aufgezeigte Trend zur Erhöhung des Bildungsstands erstmals nicht fortsetzt. Dabei blieb der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit der allgemeinen Hochschulreife gegenüber 2016 weitgehend gleich, beim mittleren Schulabschluss sank er deutlich ab. Gleichzeitig stieg der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Jahr 2018 erstmals wieder an, und zwar auf 7 Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung ([www.bildungsbericht.de/static\\_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf](http://www.bildungsbericht.de/static_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf)). Der Ausgangswert 2008 ist also nahezu wieder erreicht und die bei der Ausrufung der Bildungsrepublik 2008 angekündigte Halbierung auf 4 Prozent bei Weitem nicht gelungen.

Wie Klemm/Anbuhl (2019) betonen, ist dies besonders beunruhigend, da das Verfehlen des Hauptschulabschlusses für die überwältigende Mehrheit dieser jungen Menschen einem Ausschluss von Berufsbildung gleichkommt. Stand Anfang Dezember 2019 waren bei 95,99 Prozent der Ausbildungsplatzangebote der DIHK-Lehrstellenbörse Bewerberinnen und Bewerber ohne Hauptschulabschluss von einer Bewerbung ausgeschlossen. Diejenigen mit Hauptschulabschluss blieben aufgrund dieses Stellenangebots zu 64,3 Prozent ausgeschlossen.

Rund 30 Prozent der Schulabgänger und Schulabgängerinnen begannen im Jahr 2019 nach der Schule keine vollqualifizierende Ausbildung. Dies betraf vor allem Jugendliche ohne oder mit niedrigen Schulabschlüssen. Insgesamt gab es 525.100 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, 53.100 bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Berufsausbildungsstellen blieben unbesetzt und 255.300 junge Menschen mündeten in den Übergangsbereich ein ([www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb\\_datenreport\\_2020.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2020.pdf)). Aufgaben des Übergangssystems sind die Vorbereitung auf die Berufswelt oder die Heranführung an nicht vorhandene schulische Abschlüsse. Mangels eines validen Zahlenwerkes lässt sich Erfolg oder Misserfolg des Übergangssystems nicht messen. In Deutschland hat sich ein ganzes Konglomerat, ja Dschungel von Maßnahmen gebildet, die zueinander viele Überlappungen aufweisen und in sich nur begrenzt konsistent sind. Passungsprobleme könnten sich daher nicht trotz, sondern wegen der vielen Programme ergeben. In diesem Bereich gibt es dringenden Reformbedarf.

Dabei lag im Jahr 2018 die Ungelerntenquote bei den 20 bis 24jährigen bei 13,9 Prozent und bei den 25 bis 34jährigen bei 14,6 Prozent. Das sind zusammen 2,12 Millionen junge Erwachsene ohne Berufsausbildung ([https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb\\_datenreport\\_2020.pdf](https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2020.pdf), S. 279). Damit ist auch die im Jahr 2008 ausgerufene Zahl von 8,5 Prozent Ungelernten zwischen 20 und 34 Jahren bei Weitem verfehlt.

Eine drastische Folge für die Lebensperspektiven der hier Betroffenen verzeichnet die Bundesagentur für Arbeit: Demnach lag die Arbeitslosenquote 2019 insgesamt bei 5 Prozent, bei Menschen ohne Berufsausbildung lag sie bei 17,7 Prozent.

Die mangelnde Chancengleichheit setzt sich auch in der Weiterbildung fort. Zwar ist die Weiterbildungsbeteiligung unter Erwerbstätigen an non-formaler Weiterbildung mittlerweile auf 54 Prozent im Jahr 2018 angestiegen, womit das angestrebte Ziel von 50 Prozent gut erfüllt wurde ([igestiegenwww.bmbf.de/upload\\_filestore/pub/Weiterbildungsverhalten\\_in\\_Deutschland\\_2018.pdf](https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Weiterbildungsverhalten_in_Deutschland_2018.pdf)). Allerdings ist auch hier festzustellen, dass gerade die Geringqualifizierten vergleichsweise niedrige Teilnahmequoten aufweisen. Gerade sie also werden durch Angebote zur Weiterbildung deutlich zu wenig erreicht.

Dieter Dohmen und Stefanie Baumann weisen in ihrer Untersuchung: Wie steht es um die „Bildungsrepublik Deutschland“? ([www.forschung-und-lehre.de/politik/wie-steht-es-um-die-bildungsrepublik-deutschland-2342/](http://www.forschung-und-lehre.de/politik/wie-steht-es-um-die-bildungsrepublik-deutschland-2342/)) auf den deutlichen Anstieg bei Studierenden hin. „Angesichts der sogenannten doppelten Abiturjahrgänge zwischen 2008 und 2015 war es ein Leichtes, den angestrebten Zielwert deutlich zu überschreiten.“ So stieg die Quote von 40,3 Prozent in 2008 über 58,5 Prozent in 2013 auf 56,2 Prozent in 2019 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72005/umfrage/entwicklung-der-studienanfangerquote/#:~:text=Die%20Statistik%20zeigt%20die%20Entwicklung,Ergebnissen%20bei%2056%2C2%20Prozent.>). Umso bedauerlicher ist es daher, dass die staatliche Unterstützung über das Bundesausbildungsförderungsgesetz immer weniger greift: 2019 ging die Zahl Studierenden, die Leistungen nach dem BAföG bezogen, im 7. Jahr in Folge zurück (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161050/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-bafoeg-empfaenger/>). Die BAföG-Reform zum WS 2016/2017 hat nichts an diesem Abwärtstrend geändert.

Die jetzt dringend erforderlichen Maßnahmen hat die FDP im Deutschen Bundestag bereits in einer Reihe von Anträgen aufgezeigt: „Lehren aus der Corona-Krise – Impulse für die Schule der Zukunft“ (Drs. 19/20554), „Digitalpakt 2.0“ (Drs. 19/10160), „Alphabetisierung durch Künstliche Intelligenz – Chance für jeden“ (Drs. 19/18604), „Innovationsinitiative Handwerk – Attraktiver, progressiver, zukunftsfester“ (Drs. 19/11119), „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung – Ein Update für die aus- und Weiterbildung in der neuen Arbeitswelt“ (Drs. 19/11106), Elternunabhängiges Baukasten-BAföG für eine zukunftsfähige Studienförderung (Drs. 19/8956). Die hierin aufgestellten Forderungen sind weiterhin hochaktuell.